

Enduring Freedom

Reden/Artikel

Vorabveröffentlichung des Plenarprotokolls der 139. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 12.11.2004

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Herr Präsident! Lieber Kollege Stinner, es tut mir Leid - wir kennen uns ja lange genug -, aber das war eine wirklich unangemessene Rede (Zurufe von der FDP: Was?)

zu einem Problem, das Sie im Grunde verdunkelt haben. Es geht doch darum, dass Enduring Freedom der Rahmen für ein Mandat ist, den Menschen in Afghanistan - das war das auslösende Moment -, die in einer ganz schwierigen Situation leben, in einem Land, das von Terroristen regelrecht erobert worden war, eine Chance zu geben, ihr eigenes Schicksal in die Hand zu nehmen. So soll endlich eine Entwicklung eingeleitet werden, die den Menschen in Afghanistan die historische Erfahrung überwinden hilft, dass sie herumgestoßen worden sind und dass ihr Schicksal von außen bestimmt wurde, und zwar von Leuten, die versucht haben, Afghanistan zum Spielball ihrer Machtinteressen zu machen. Aber Sie reden hier nur über Vorratsbeschlüsse. Hier geht es nicht um einen Vorratsbeschluss, sondern darum, dass die Menschen in Afghanistan Freiheit bekommen, damit sie selbst handeln, ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen und ihre Form von Demokratie entwickeln können. Nur darum geht es, lieber Herr Kollege Stinner.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der FDP - Dr. Rainer Stinner (FDP): Bereitstellungsmandat!)

Das, was vor drei Jahren notwendig gewesen ist, bleibt notwendig. Die Menschen in dieser Region brauchen ein gewisses Maß an Sicherheit, damit sie überhaupt selbst handeln können. Deswegen ist Enduring Freedom so wichtig. Der Rahmen von 3 100 Bundeswehrsoldaten wird von der Bundesregierung noch nicht einmal ausgeschöpft; vielmehr werden die vorhandenen Möglichkeiten maßvoll, zurückhaltend und verantwortungsbewusst eingesetzt. Darum geht es und deswegen stimmen wir heute dem Antrag der Bundesregierung zu, lieber Kollege Stinner.

Präsident Wolfgang Thierse:

Kollege Weisskirchen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nolting?

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Bitte schön.

Günther Friedrich Nolting (FDP):

Herr Kollege, können Sie sich daran erinnern, dass der Herr Bundeskanzler die Vertrauensfrage stellen musste, um zu einer Mehrheit zu kommen, weil die rot-grüne Koalition zunächst nicht bereit war, diese Mehrheit zu stellen?

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Ich kann mich daran sehr gut erinnern; schließlich habe ich auch in diesem Saal und in der Fraktion für diese Mehrheit gekämpft. Wir haben sie bekommen, weil die Vernunft für Enduring Freedom gesprochen hat. Dieses Anliegen haben wir durchgekämpft und das war, wie Sie sich gut erinnern können, gar nicht so einfach.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP - Günther Friedrich Nolting (FDP): Und deswegen die Vertrauensfrage?)

Die Gefahr des Terrorismus ist keineswegs gebannt; deswegen brauchen wir eine Verlängerung von Enduring Freedom.

(Dirk Niebel (FDP): Es ist halt Karneval!)

Lieber Kollege Niebel, es mag sein, dass Sie seit dem 11. November in Karnevalsstimmung sind. Aber hier geht es um einen sehr verantwortungsvollen Beschluss, dem die Mehrheit des Deutschen Bundestages - hoffentlich auch Sie - zustimmen wird. Ich bitte Sie herzlich, zu überlegen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie sollten sich Ihre Rede überlegen!)

bevor Sie Zwischenrufe machen.

Jetzt möchten Sie eine Zwischenfrage stellen?

Präsident Wolfgang Thierse:

Gestatten Sie diese Zwischenfrage?

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Ja.

Präsident Wolfgang Thierse:

Bitte schön, Herr Niebel.

Dirk Niebel (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Kollege Weisskirchen, wenn es sich hier nicht um einen Vorrats- oder, wie die Kollegin von den Grünen sagte, Bereitstellungsbeschluss handelt, können Sie mir dann erklären, aus welchem Grund die Bundesregierung einen Beschluss benötigt, der - derzeit sind gut 500 Soldaten im Einsatz - die Entsendung von 3 100 Soldaten möglich macht? Und warum soll die Bundesregierung bei räumlich begrenzter Tätigkeit der Bundeswehr aufgrund eines Vorratsbeschlusses Soldaten in die halbe Welt entsenden dürfen?

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Lieber Kollege Niebel, ich bitte Sie herzlich darum, den Antrag zu lesen, den die Bundesregierung hier eingebracht hat. Wenn Sie es bisher nicht getan haben, dann können Sie es jetzt noch nachholen. In diesem Antrag steht alles Wort für Wort. Er enthält eine klare und eindeutige Begründung dafür, dass Enduring Freedom notwendig ist. Dort werden alle Ihre Fragen beantwortet. Darum bitte ich Sie noch einmal, ihn zu lesen.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

Der entscheidende Punkt ist, dass der Terrorismus in der Tat nicht besiegt ist. Wenn Sie sich etwa das anschauen, was Ayman al-Zawahiri in seinem

jüngsten Buch, das kurz nach dem 11. September erschienen ist, dazu geschrieben hat, dann werden Sie genau erkennen, um welche Strategie es geht. Er hat versucht - genau das will al- Qaida -, gegen den inneren Feind zu mobilisieren. Das heißt: Die Straße in den arabischen Ländern sollte durch die schrecklichen Anschläge in New York und in Washington aufgestachelt werden. Das ist nicht gelungen. Insofern ist die erste strategische Überlegung des Terrorismus nicht von Erfolg gekrönt gewesen.

Die zweite Überlegung, die al- Qaida und andere zu entwickeln versucht haben, sieht vor, die Länder des Westens in einen inneren Kampf, in einen politischen Kampf gegeneinander, zu verwickeln. Es ist deshalb wichtig, Folgendes deutlich zu machen: An Enduring Freedom sind nicht nur die 22 Mitgliedstaaten der NATO beteiligt, sondern 54 Nationen. Wir brauchen Enduring Freedom also als ein Instrument der Zusammenarbeit, um dem Terrorismus - jedenfalls militärisch - das Rückgrat zu brechen. Das ist leider notwendig.

Enduring Freedom darf aber nicht das einzige Instrument sein. Der Unterschied beispielsweise zwischen der Administration von George W. Bush und uns ist an diesem Punkt ganz augenfällig. Wir versuchen, Enduring Freedom als ein Instrument einzusetzen mit dem Ziel, dass zivile Prozesse in Afghanistan vorankommen. Das ist der klare und eindeutige Unterschied. Aus unserer eigenen Logik heraus würden wir dem Einsatz niemals zustimmen - wir können es auch nicht -, den beispielsweise die USA und andere von uns im Irak verlangen.

Deshalb werden wir mit Enduring Freedom weiter unser Ziel verfolgen, zivile Prozesse in den Ländern, die vom Terrorismus befallen sind, so zu unterstützen und zu verstärken, dass diese Länder ihren eigenen Weg in eine selbstbestimmte Demokratie gehen können. Die Wahl in Afghanistan hat es deutlich gezeigt. Herr Karzai ist mit 55 Prozent der Stimmen zum Präsidenten Afghanistans gewählt worden. Dieser Prozess hat den Weg dafür geöffnet, dass im Frühjahr des kommenden Jahres ein Parlament gewählt werden kann, das die Geschicke des Landes in die eigene Hand nimmt.

Wir brauchen Enduring Freedom, damit zivile Prozesse vorankommen können und die Menschen in Afghanistan und anderswo in der Region ihre Freiheit selbstbestimmt erlangen. Deswegen wird die SPD- Bundestagsfraktion dem Antrag der Bundesregierung einstimmig zustimmen.

Lieber Kollege Dr. Struck, dieser Beschluss wird deutlich machen, so hoffen wir, dass die gesamte Bundesrepublik Deutschland hinter den Soldaten steht, die ein schwieriges Amt übernommen haben und einen schwierigen Job tun. Sie tun es vorbildlich und machen klar, dass wir wollen, dass sich zivile Prozesse gegenüber dem terroristischen Anschlag durchsetzen, mit dem al- Qaida vor drei Jahren versucht hat, uns auseinander zu bringen. Das ist nicht gelungen. Die Bundeswehr sorgt dafür, dass der Weg der Freiheit für eine schwierige Region geöffnet wird. Afghanistan hat den ersten Schritt in eine vernünftige Richtung getan.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse:

Das Wort zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Stinner, FDP-Fraktion.

Dr. Rainer Stinner (FDP):

Lieber Herr Kollege Weisskirchen, nachdem Sie mich so freundlich bedacht haben, möchte ich doch die Gelegenheit nutzen, darauf kurz zu antworten. Ich verkneife mir, Ihre Rede zu qualifizieren; das verbietet nämlich die Höflichkeit einem Kollegen gegenüber.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Weisskirchen, es ist Ihnen offensichtlich intellektuell nicht möglich gewesen, den Inhalt meiner Rede aufzunehmen.

(Zurufe von der SPD: Na, na, na!)

Ich habe nicht bezweifelt, dass wir uns im Kampf einsetzen müssen und dass Bedrohungslagen bestehen. Uns ging es ausschließlich um die Diskrepanz zwischen dem Vorratsbeschluss - Ihre Koalitionskollegin Tritz hat von Bereitstellungsmandat gesprochen; das war ein verräterischer Ausdruck - und dem aktuellen Bedarf. Herr Weisskirchen, ist es Ihr Konzept, dass wir hier in Zukunft Bereitstellungsmandate verabschieden? Das war der Punkt, den wir angesprochen haben. Es ging nicht um die grundsätzliche Argumentation, die Sie hier angeführt haben. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen, und ich hoffe, dass Sie auch in der Lage sind, das zur Kenntnis zu nehmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse:

Kollege Weisskirchen, Sie haben das Wort zur Erwiderung.

Gert Weisskirchen (Wiesloch) (SPD):

Unabhängig davon, welches Gesetz wir dazu in der nächsten Sitzungswoche beschließen werden, werden wir jedes einzelne Mandat sehr sorgfältig prüfen. Hier wird es keine Vorratsbeschlüsse geben,

(Zuruf von der FDP: Was ist denn das?)

sondern hier wird jedes einzelne Mandat im Detail geprüft werden.

Lieber Kollege Stinner, Sie sind Mitglied des Auswärtigen Ausschusses. Sie wissen seit mindestens zwei Wochen, dass dieser Antrag in der Substanz so gestellt wird. Nicht ein Komma, nicht ein Wort, nicht ein Satz ist seither geändert worden. Sie haben sich mit diesem Einsetzungsbeschluss sehr vertraut machen können. Dabei bleibt es. Diese Koalition wird in der Substanz von Mandatserteilungen keinerlei Änderungen vornehmen. Sie werden das in diesem Hause noch erkennen und erleben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

[Plenarprotokoll](#)

Veröffentlicht am 12.11.2004